

„Mit Messern und Eisenstangen“

IG Metall übt Kritik an regimetreuen Griechen / Verletzte noch im Krankenhaus

Schwere Vorwürfe gegen den griechischen Konsul in Hannover, Athanasios Exintaris, und regimetreue Griechen hat gestern die Ortsverwaltung Hannover der Industriegewerkschaft Metall erhoben. Wie bereits kurz berichtet, wurden bei Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegnern des Regimes in den vergangenen Tagen zahlreiche Menschen verletzt. Mindestens drei von ihnen befinden sich noch — mit zum Teil schwersten Verletzungen — im Krankenhaus. Die „Argumente“ der politischen Gegner waren nach Angaben der IG Metall Eisenstangen und Messer.

Die Vorfälle haben sich vor allem in Neustadt am Rübenberge, wo viele bei einem großen hannoverschen Industriebetrieb beschäftigte Arbeitnehmer aus Griechenland wohnen, ereignet. Dabei wurden mindestens fünf Personen — so die IG Metall — erheblich verletzt. Weitere Zwischenfälle, die noch überprüft werden, ereigneten sich am Wochenende in mehreren Straßen Hannovers. Die Gewerkschaft behauptet, daß „den Überfallenen Eisenstangen über den Kopf geschlagen und mit Messern die Gesichter zerschnitten worden sind“.

Der erste Bevollmächtigte der IG Metall, Heinrich Menius, bedauerte die Vorkommnisse und sprach von einem „Politikum“. Aus den Aussagen der Gewerkschaftsvertreter ging hervor,

daß man dort der Meinung ist, es handele sich um organisierte Schlägerkolonnen, die mit Kenntnis des griechischen Konsuls vorgehen. In einer Erklärung heißt es: „Mit diesen neuen Überfällen setzt sich die Kette der Verdächtigungen, Drohungen, Bespitzelungen und tätlichen Angriffe gegen Kolleginnen und Kollegen fort, welche in einem freiheitlichen Land ihre demokratischen Rechte ausüben wollen. Die Behörden fordern wir auf, nicht länger den anarchistischen Elementen und ihren Hintermännern den Boden der Bundesrepublik als einen Platz zur Fortsetzung ihrer diktatorischen Machenschaften zu überlassen.“ Ein Betriebsratmitglied des Volkswagenwerkes erklärte, daß es dort in der vergangenen Zeit erhebliche Spannungen zwischen Griechen unterschiedlicher Gesinnung gegeben habe. Dabei seien Regimefeinde bespitzelt worden. In einigen Fällen sei mit Disziplinarmaßnahmen, die bis zur Entlassung reichten, reagiert worden.

Wie Menius erklärte, wird sich der DGB trotz der Vorkommnisse nicht an der für Sonnabend geplanten Demonstration gegen das Regime in Griechenland beteiligen.

Das Königlich Griechische Generalkonsulat in Hannover hat gestern kategorisch dementiert, irgend etwas mit den kritisierten Vorfällen zu tun zu haben. ath

/Bejaht Generalkonsul Prügelaktionen?

IG Metall verurteilt Übergriffe regimetreuer Griechen gegen Landsleute

HANNOVER. Die Übergriffe regimetreuer Griechen gegen ihre Landsleute, die sich in letzter Zeit in Niedersachsen häuften, hat am Mittwoch der erste bevollmächtigte der IG-Metall-Verwaltungsstelle Hannover, Heinrich Menius, scharf verurteilt.

Vor Journalisten wies Menius daraufhin, daß seit längerer Zeit demokratisch gesinnte und gewerkschaftlich organisierte Griechen, die zu meist im Volkswagenwerk Hannover beschäftigt sind, von regimetreuen Landsleuten bedroht, beschimpft und mit Eisenstangen zusammengeschlagen werden. Bei den jüngsten Übergriffen dieser Art gab es am Wochenende in Neustadt am Rübenberge fünf Verletzte. Drei Gastarbeiter wurden so schwer mißhandelt, daß sie einen Tag später noch nicht vernehmungsfähig waren.

Menius betonte, es handele sich bei diesen Ereignissen nicht um gewöhnliche Schlägereien unter Gastarbeitern, sondern um ein Politikum ersten Ranges, da der durch Zeugenaussagen bestätigte Verdacht bestehe, daß die Prügelaktionen von dem griechischen Generalkonsul Athanasios Exintaris unterstützt würden, werde

ein Rechtsanwalt im Auftrag der IG-Metall gegen den Konsul Strafanzeige als Schreibtischtäter stellen. Außerdem habe sich die Gewerkschaft an Innenminister Lehnert gewandt, der eine Untersuchung der Vorgänge zugesagt habe. Im Großraum Hannover sind rund 3000 griechische Gastarbeiter beschäftigt, die zu 95 Prozent gewerkschaftlich organisiert sind.

Hannover ist nicht Athen

Ich mag griechische Sonne, griechischen Wein und die griechische Sprache. Ich mag Griechen. Aber ich verabscheue die Regierungsform in Athen, die KZs errichtet, Häftlinge foltert und unter dem Vorwand antikommunistisch zu sein, die demokratische Freiheit außer Kraft setzt.

Wir haben an dieser Stelle schon öfter gesagt, was wir von den Diktatoren unter der Akropolis halten, die trotz der Intervention der demokratischen Welt den schwerkranken Komponisten Theodorakis aus der Sonderhaft erst entließen, als er ein todkranker Mann war.

Wenn die diplomatischen Vertreter dieser Regierung ihre Auffassungen von Staat, Gesetz und Ordnung jetzt mit Schlägen, Drohungen und Terror gegen Landsleute und Gewerkschafter in Niedersachsen verwirklichen wollen, sind sie hier

keine Gäste mehr, sondern äußerst unerwünschte Ausländer.

Das Dementi des griechischen Generalkonsulats in Hannover gegen die Vorwürfe der niedersächsischen Industriegewerkschaft Metall ist nicht überzeugend. Zu oft schon ist erwiesenermaßen in den letzten Monaten der Versuch gemacht worden, griechische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik zu terrorisieren - nur weil sie die in der Bundesrepublik garantierte Koalitionsfreiheit zu gewerkschaftlichem Zusammenschluß nutzten.

Wenn die Vertreter einer Regierung, die den Europarat rasch verließ, bevor man sie wegen Abschaffung der Demokratie hinausgeworfen hätte, die demokratischen Regeln der Bundesrepublik nicht respektieren, müssen sie so schnell wie möglich nach Hause geschickt werden.

Wir wünschen hier keine südkoreanischen Entführer, keine prügelnenden Jubel-Perser und schon gar nicht den langen Arm der griechischen Obristen.

Holger Krückeberg

Zusammenstöße unter Griechen

Wie erst gestern bekannt wurde, ist es in Hannover und Umgebung am Wochenende erneut zu Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegnern des griechischen Regimes gekommen. Dabei wurden mehrere Personen schwer verletzt. Eine der Schlägereien spielte sich in einer Gaststätte in der List ab. Eine andere fand auf dem Weg zu einem Lehrgang der IG-Metall statt. Augenzeugen berichteten, daß unter anderem Eisenstangen als Schlagwerkzeuge benutzt worden seien. Da noch mehrere Verletzte im Krankenhaus liegen, wird die IG-Metall, der einige der Verletzten angehören, heute eine öffentliche Erklärung abgeben. Die Polizei hat über die Vorfälle bisher nichts berichtet.

Terror in Niedersachsen: Griechische Gastarbeiter fürchten um ihr Leben Generalkonsul schwer beschuldigt

Von PRESSE-Mitarbeiter Hans-Jürgen Stier

HANNOVER

Gegen den zunehmenden Terror rechtsextremistischer regimetreuer Griechen gegen ihre demokratisch eingestellten Landsleute wurde am Mittwoch in einer Pressekonferenz der IG Metall Hannover schärfstens protestiert. Die Aktionen der griechischen Terroristen erreichten am Wochenende einen dramatischen Höhepunkt. In Neustadt/Rbge. wurden fünf griechische Arbeitnehmer überfallen, unter ihnen zwei griechische Gewerkschaftler, die am Sonntag zu einem Internatslehrgang der IG Metall fahren sollten. Auch aus Hannover werden Überfälle auf Griechen gemeldet. Die Zahl der Verletzten ist bisher unbekannt.

Als ein Politikum ersten Ranges bezeichnete der Bevollmächtigte der IG Metall Hannover, Heinrich Menius, die Überfälle auf demokratisch gesinnte griechische Arbeitnehmer in Neustadt und Hannover. Menius: „Wir haben es hier mit Methoden der SA und SS zu tun.“

SS-Methoden

Rechtsanwalt Wilhelm Markert, der im Auftrag der IG Metall die verletzten griechischen Arbeitnehmer vertritt, unterstrich die Ausführungen von Menius: „Bei diesen SS-Methoden handelt es sich um Aktionen, die vom griechischen Generalkonsul Athanasius Exintaris befohlen, gesteuert und gelenkt werden.“

Wie Markert mitteilte, wird gegen den griechischen Generalkonsul Strafantrag wegen Körperverletzung gestellt. Die Namen der Schläger sind bekannt, einige von ihnen sind im VW-Werk Hannover beschäftigt.

In einer Erklärung der Vertrauenskörperleitung (Gerhard Mogwitz) und für den Betriebsrat (Heinz Hilbich) des VW-Werkes heißt es: „Mit großer Verabscheuung und Empörung wurde von uns die Mitteilung über die Überfälle auf unsere griechischen Kolleginnen und Kollegen am 11./12. April 1970 in Neustadt (Rbge.) aufgenommen.“

Damit setzt sich leider die Kette der Verdächtigungen, Drohungen, Bespitzelungen und tätlichen Angriffe gegen unsere Kollegen fort, welche die in einem freiheitlichen Land, wie das der Bundesrepublik Deutschland, verbürgten demokratischen Rechte in Anspruch nehmen wollen.“

An der Ausübung dieser Rechte werden sie von Anhängern der jetzigen Regierung gehindert. Immer wieder sind unsere Kollegen einem radikalen Druck ausgesetzt.

Anarchistische Elemente

Sie wollen aber in Ruhe leben und ihrer Arbeit nachgehen. Wir bitten unsere Gewerkschaft, die IG Metall, alle erdenklichen Schritte einzuleiten, um dieses zu gewährleisten.“

Der IG-Metall-Bevollmächtigte Heinrich Menius dazu: „Wir werden darauf dringen, die Schuldigen zu finden, damit sie bestraft und ausgewiesen werden.“

Auch der DGB-Landesvorstand wandte sich mit aller Schärfe gegen „diese faschistischen Terrormethoden“. Wie ein Sprecher in der Pressekonferenz erklärte, handele es sich hier nicht um einen der Dutzendfälle, in dem ausländische Arbeitnehmer auf ihre Art Streitfälle schlichteten. Es müsse der Öffentlichkeit klargemacht werden, daß es sich hier um „eine systematische Bedrohung“ handelt.

Die IG Metall Hannover und der DGB-Landesbezirk Hannover sind gestern in dieser Angelegenheit auch beim niedersächsischen Innenministerium vorstellig geworden, um Innenminister Richard Lehnert über die skandalösen Vorfälle zu berichten.

Die Gewerkschaftsvertreter forderten, „für die Sicherheit und den Schutz der ausländischen Arbeitnehmer Sorge zu tragen“. Heinrich Menius: „Wir erwarten Maßnahmen.“ In Abwesenheit des Ministers erklärte ein Sprecher des Innenministeriums: „Wir werden die Vorfälle gewissenhaft prüfen und mit allem Nachdruck verfolgen.“

Nicht nur die griechischen Arbeitnehmer, sondern auch deutsche Gewerkschaftler werden verfolgt. Darüber berichtete der IG-Metall-Sekretär Hans Berkenthin, der im Auftrag der IG Metall Hannover Nachsorsuchungen zu den Überfällen in Neustadt anstellte.

Berkenthin erhielt darüber hinaus anonyme Telefonanrufe, bei denen er gewarnt wurde, die Ermittlungen weiter fortzusetzen. Auch aus seinem Bericht geht hervor, daß die Täter, die am Sonnabend und Sonntag griechische Vertrauensleute des Volkswagenwerkes in Neustadt überfallen haben, mit dem griechischen Konsulat in engster Zusammenarbeit stehen.

Messer und Knüppel

Nach Berkenthin berichtete einer der Überfallenen: Ich wollte mit meiner Verlobten, die ebenfalls beim Volkswagenwerk Hannover beschäftigt und Mitglied der IG Metall ist, einen Spaziergang machen. Kurz nach Verlassen der Wohnung wurde ich von etwa 15 Personen, die mit Messern, Eisenstangen und Knüppeln bewaffnet waren, überfallen, niedergeschlagen und erheblich verletzt.

Auch die Verlobte wurde von der Bande angegriffen und so mißhandelt und geschlagen, daß sie ebenfalls auf unbestimmte Zeit arbeitsunfähig ist. Der Verlobten wurde unter anderem mehrfach in den Unterleib getreten und geschlagen.

Ein weiterer Grieche wurde mit Messern und Knüppeln so zusammengeschlagen, daß er in eine Spezialklinik nach Hannover gebracht werden mußte. Nach den Informationen von Berkenthin war die Polizei anschließend am Tatort, unternahm jedoch nichts zum Schutz des Überfallenen, obwohl er den Polizisten die Angreifer zeigte, die sichtbar Schlagstöcke in ihren Taschen hatten.

Beschattet

In seinem Bericht über die Nachforschungen erwähnte Berkenthin, daß sein Wagen während der Erkundigungen in Neustadt von zwei Autos mit Griechen beschattet wurde.

Wie Berkenthin abschließend erklärte, leben die griechischen Kollegen in großer Angst. Sie verbarrikadieren sich zu mehreren in ihren Wohnungen und trauen sich nicht aus dem Haus.

Das griechische Generalkonsulat in Hannover, das von der PRESSE eine Stellungnahme gebeten wurde, dementierte „kategorisch“ die Angaben der Vertreter der niedersächsischen IG Metall.

Schlägereien in Neustadt im Auftrag des Diktators

NEUSTADT. Was sich Neustadts Polizeibeamten als kleine Remperei von Ausländern darstellte, hat in der Zwischenzeit so große Wogen geschlagen, daß Innenminister Lehnert bereits einen ausführlichen Bericht von Oberkommissar Strasser aus Neustadt anfordern ließ. In Neustadt, so wurde nachträglich ermittelt, sollen Griechen Landsleute brutal niedergeschlagen haben. Die Angreifer sollen rechtsextremistische, regierungstreue Griechen sein, die — vermutlich auftragsgemäß — demokratisch eingestellte Landsleute überfielen.

Die Ereignisse, die sich in der Nacht zum Sonntag in Neustadt abspielten, werden von den beteiligten Griechen und der Neustädter Polizei sehr unterschiedlich dargestellt. Von der Wirtin einer Gaststätte an der Mittelstraße informiert, waren die Beamten zur Mittelstraße gefahren. Sie wollen dort etwa ein Dutzend diskutierende Ausländer gesehen haben.

Auch als die Wirtin zum zweiten Male in derselben Nacht zum Telefon griff und die Polizei zur Mittelstraße fuhr, haben die Beamten nichts von einer Schlägerei bemerkt. Für sie war der Vorfall so unbedeutend, daß er noch nicht einmal im Polizeibericht aufgenommen wurde.

Zwei Tage später aber teilte die Industriegewerkschaft Metall in Hannover Journalisten mit, daß die Vorfälle, die sich in der Nacht zum Sonntag in Neustadt ereigneten, an SA- und SS-Methoden erinnerten. Die griechischen Schläger sollen im Auftrag des griechischen Generalkonsuls Athanasios Exintaris, die Schlägerei gegen ihre demokratisch gesonnenen Landsleute inszeniert haben. Rechtsanwalt Markert hat daher bereits gegen den Generalkonsul Strafanzeige wegen Körperverletzung gestellt.

Zeitung: Spandauer Volksblatt

Veröffentlichungsort: Berlin West

Datum: 16. April 1970

DER TAGES SPIEGEL

UNABHÄNGIGE BERLINER MORGENZEITUNG

1 Berlin 30 · Potsdamer Straße 87 · Telefon 130331

Datum: 16. April 1970

Übergriffe verurteilt

Hannover (dpa)

Die Übergriffe regimetreuer Griechen gegen ihre Landsleute, die sich in letzter Zeit in Niedersachsen häuften, hat gestern der erste Bevollmächtigte der IG-Metall-Verwaltungsstelle Hannover, Menius, scharf verurteilt. Vor Journalisten wies Menius darauf hin, daß seit längerer Zeit demokratisch gesinnte und gewerkschaftlich organisierte Griechen beschimpft und zusammengeschlagen wurden. Es bestehe der bestätigte Verdacht, meinte Menius, daß die Prügelaktionen vom griechischen Generalkonsul in Hannover, Exintaris, unterstützt würden. Die IG Metall will gegen den Konsul Strafanzeige als Schreibtischtäter stellen.

Übergriffe verurteilt

Hannover (dpa). Die Übergriffe regimetreuer Griechen gegen ihre Landsleute, die sich in letzter Zeit in Niedersachsen häuften, hat gestern der erste Bevollmächtigte der IG-Metall-Verwaltungsstelle Hannover, Menius, scharf verurteilt. Vor Journalisten wies Menius darauf hin, daß seit längerer Zeit demokratisch gesinnte und gewerkschaftlich organisierte Griechen, die zumeist im Volkswagenwerk Hannover beschäftigt seien, von mit der Athener Militärjunta sympathisierenden Landsleuten bedroht, beschimpft und zusammengeschlagen würden. Es bestehe der durch Zeugenaussagen bestätigte Verdacht, meinte Menius, daß die Prügelaktionen vom griechischen Generalkonsul in Hannover, Exintaris, unterstützt würden. Im Auftrage der IG Metall werde ein Rechtsanwalt gegen den Konsul Strafanzeige stellen.

Ermittlungen zum Griechen-Streit

Appell des Innenministers an alle Ausländer / Gelenkter Terror?

Die ständig härter werdenden Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppen unter den griechischen Gastarbeitern in Hannover und Neustadt am Rübberge haben am Freitag Innenminister Lehnert zur Einsetzung einer Sonderkommission veranlaßt. Die aus Beamten der für die Bekämpfung politischer Straftaten zuständigen Nachrichtenpolizei zusammengesetzte Kommission soll „schnell und gewissenhaft“ prüfen, ob die schweren Zusammenstöße Ausfluß „eines organisierten Terrors“ gegen oppositionelle Griechen sind.

Der Innenminister sah sich zu dieser außergewöhnlichen Maßnahme veranlaßt, nachdem sich die Zusammenstöße zwischen regimetreuen und demokratisch gesinnten Griechen, die von sympathisierenden deutschen Studenten und Arbeitern

unterstützt werden, in letzter Zeit gehäuft haben. Sowohl in Hannover als auch in Neustadt hatte es dabei, wie berichtet, auf beiden Seiten Verletzte gegeben. Die Polizei hatte alle Hände voll zu tun, um die fanatisierten Griechen zu trennen. Sprachschwierigkeiten führten außerdem dazu, daß „Freund und Feind“ nicht mehr zu unterscheiden waren. In Hannover soll sogar ein Konsulatsangehöriger gegen seine Landsleute eine Pistole gezogen haben.

Innenminister Lehnert ist nicht länger gewillt, diesem Treiben zuzusehen. Falls sich der Verdacht auf gelenkte Gewaltakte durch die Ermittlungen der Sonderkommission bestätigen sollte, werde er — wie ein Sprecher seines Hauses gestern mit Nachdruck versicherte — beim auswärtigen Amt in Bonn vorstellig werden und dieses um ein unmittelbares Vorgehen gegen etwaige Drahtzieher in den konsularischen Vertretungen Griechenlands in der Bundesrepublik ersuchen.

Gleichzeitig appellierte Lehnert am Freitag mit großem Ernst an alle ausländischen Arbeiter in Niedersachsen, das ihnen gewährte Gastrecht nicht für Gewalttätigkeiten zu mißbrauchen. khk

PRESSE-Chefredakteur:

Demokratie wird unterdrückt

Sehr geehrter Herr Botschaftssekretär, ich bestätige Ihnen Ihren Brief vom 21. April. Wir werden ihn in vollem Wortlaut und mit größtem Vergnügen in unserer Zeitung veröffentlichen. Ihre Ausführungen zwingen mich ebenfalls zu einer Stellungnahme:

Die HANNOVERSCHE PRESSE hat sich nicht „jener miserablen Gruppe von Zeitungen des rosaroten Kurses der sozialistischen Unterinternationalen angepaßt“, sondern sie unterstützt die demokratischen Kräfte, die um die demokratische Freiheit in ihrem Heimatland ringen. Das gilt leider nicht nur für Griechenland.

Die sozialistische Internationale kann auf eine lange Tradition im Kampf für Freiheit und Recht zurückblicken. Sie gehörte zu den Weltorganisationen, die sich auch für das Recht des griechischen Volkes eingesetzt haben, als es unter dem Druck der deutschen und italienischen Besatzung während des letzten Weltkrieges stand. Das müßte eigentlich auch Ihnen bekannt sein.

Ich habe keinen Zweifel daran, daß die Athener Polizei zu jeder Zeit ihre Pflicht in vollem Umfang erfüllt. Leider scheint zu dieser Pflicht auch die Unterdrückung demokratischer Bewegungen zu gehören. Wenn dem nicht so wäre,

brauchten die gegen Demokraten in Griechenland geführten Prozesse nicht unter Ausschluß der internationalen Öffentlichkeit stattzufinden.

Als die Industriegewerkschaft Metall — eine demokratische Institution — über die Tätigkeit von griechischen Terrorgruppen im Raum Hannover berichtete, haben wir Ihr Generalkonsulat sofort um eine Stellungnahme gebeten, die allerdings sehr dürftig ausfiel. Ich bin überzeugt davon, daß die Erklärungen der IG Metall nicht leichtfertig abgegeben worden sind, Ihr Brief ist nicht geeignet, mich vom Gegenteil zu überzeugen.

Sie haben vorgeschlagen, einen unserer Redakteure auf Ihre Kosten nach Griechenland zu entsenden. Wenn wir es für richtig halten, einen Mitarbeiter in Ihr Heimatland zu entsenden, so werden wir das — und zwar auf unsere Kosten — tun. Von namhaften Journalisten haben wir jedoch erfahren, daß die Informationsmöglichkeiten durch die Maßnahmen der Regierung äußerst eingengt sind, so daß eine solche Informationsreise zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum sinnvoll wäre.

Wolfgang Fechner
Chefredakteur
HANNOVERSCHE PRESSE

Griechische Botschaft: Wir brauchen keine Schläger

Sehr geehrter Herr Chefredakteur!

Es hat mir außerordentlich leid getan feststellen zu müssen, daß Ihre so hoch geschätzte Zeitung mit Nimbus und von höherem Niveau als die meisten übrigen Zeitungen in Deutschland, sich letzthin le' er jener miserablen Gruppen von Zeitungen des rosaroten Kurses der sozialistischen Internationale angepaßt hat.

Der Artikel des Herrn Holger Krückeberg „Hannover ist nicht Athen“ zwingt mich zu einer Stellungnahme, und ich hoffe, daß diese auch Ihre Zeitung an die Öffentlichkeit gelangt.

Zugegeben: Hannover ist bestimmt nicht Athen. Hannover kann weder auf die glanzvolle Geschichte Athens zurückblicken, noch hat es in gleicher Weise zur Entwicklung der europäischen Kultur und Zivilisation beigetragen wie Athen. Hannover wäre wahrscheinlich ein unbekanntes deutsches Städtchen geblieben, wenn es nicht einmal einen englischen König gesellt hätte. Athen ist allerdings einmalig, und keine Stadt der Welt — vielleicht mit Ausnahme Roms — kann sich mit Athen vergleichen.

Um aber auf die Gegenwart zurückzukommen: über eines kann man sicher sein: Unter der jetzigen Athener Regierung kann jeder, nicht nur ein General-Konsul, sicher sein, daß seine Existenz nicht bedroht wird, daß sein Wagen nicht von terroristischen Gruppen aus Anarchisten und Kommunisten umgekippt wird, und daß die Athener Polizei zu jeder Zeit ihre Pflicht in vollem Umfang erfüllt, was in Hannover jedoch nicht der Fall ist.

Es ist absurd und lächerlich, noch weiterhin von angeblichen Schlägergruppen zu berichten, die durch das General-Konsulat in Hannover unterhalten werden, denn das gibt es nicht, weder in Hannover noch sonst irgendwo in Deutschland.

Wir brauchen dergleichen nicht, denn die große Masse der griechi-

schen Gastarbeiter in der Bundesrepublik steht der jetzigen Regierung genauso treu und zufrieden gegenüber wie die überwältigende Mehrheit der Griechen in ihrer Heimat. Wir haben nichts zu verbergen, und wir sind niemanden Rechenschaft schuldig.

Schicken Sie Ihren Herrn Krückeberg nach Griechenland — und das sage ich in aller Öffentlichkeit — damit er, falls er auch nur einen Hauch von Objektivität besitzt, sich selbst überzeugt. Es ist schade, wenn Zeitungen wie die Ihre an die jetzt allgemein gegen die griechische Regierung verbreiteten Verleumdungen glauben und ihre Zeilen dafür zur Verfügung stellen.

Seien Sie versichert, sehr geehrter Herr Chefredakteur, daß wir weder in Hannover noch sonst irgendwo in der Bundesrepublik Schlägergruppen unterhalten, denn wir brauchen Derartiges wirklich nicht.

Es existieren allerdings Schlägergruppen, aber sie sind kommunistisch und dienen nur dazu, die friedliebenden Griechen in der Bundesrepublik zu terrorisieren, sei es auf der Straße, sei es an den Arbeitsplätzen, sei es durch das Umkippen des Wagens des General-Konsuls in Hannover unter den duldenden Augen der dortigen Polizei.

Ihre Zeitung blickt auf eine Geschichte im Dienst der Wahrheit zurück. Es ist wirklich schade, daß Sie hinsichtlich Griechenland von diesem Grundsatz abweichen. Wir — nicht die Diener der roten Internationale — sind diejenigen, die um die Demokratie besorgt sind. Eine Reise nach Griechenland könnte Sie davon überzeugen. Falls Sie oder einer Ihrer engsten Mitarbeiter tatsächlich daran interessiert sind, meine Heimat zu besuchen, so stehe ich stets zu Ihrer Verfügung.

M. Panayotopoulos Botschaftssekretär

Leiter der Presse-Abteilung der Kgl. Griechischen Botschaft, Bonn

✓ Kommission: Noch kein Anhaltspunkt für Steuerung

Rt HANNOVER
Die Untersuchungskommission für den „Terror unter Griechen“, über den die PRESSE ausführlich berichtete, hat zunächst keinerlei Anhaltspunkt für eine Steuerung von oben gefunden. Das teilte ein Sprecher des Regierungspräsidenten in Hannover am Mittwoch mit. Es handele sich hier vermutlich um Rivalität zwischen verschiedenen Gruppen, die nur bedingt politischen Charakter hätten. Der Sprecher bezeichnete seine Ausführungen jedoch nur als „Zwischenergebnis“. Die Kommission arbeite weiter.

Lehners setzt eine Sonderkommission ein

EB HANNOVER
Zur Aufklärung einer Schlägerei zwischen griechischen Gastarbeitern am vergangenen Wochenende in Neustadt am Rübenberge hat der niedersächsische Innenminister Richard Lehners eine Sonderkommission eingesetzt.

Ein Sprecher des Innenministeriums sagte am Freitag vor der Landespresskonferenz Niedersachsen, es verstärkte sich immer mehr der Verdacht, daß politische Motive eine Rolle spielten. Bei den Auseinandersetzungen waren fünf griechische Gastarbeiter verletzt worden, drei davon so schwer, daß sie einen Tag später noch nicht vernehmungsfähig waren.

Lehners appellierte an die Gastarbeiter, ihr Gastrecht in der Bundesrepublik nicht zu Gewalttätigkeiten zu mißbrauchen. Er wies auch auf die schwierige Lage hin, die sich für die Polizei bei solchen Auseinandersetzungen ergebe.

VERBRECHEN

GRIECHEN-TERROR

Arm der Obristen

Der griechische Gastarbeiter Spiridon Kardakaris, beschäftigt im VW-Zweigwerk Hannover und Betriebsfunktionär (Vertrauensmann) der IG Metall, verließ zusammen mit seiner Verlobten seine Wohnung in Neustadt am Rübenberge. Vor der Tür wurde er von 15 Landsleuten, die mit Messern, Eisenstangen und Knüppeln bewaffnet waren, zusammengeschlagen. Die Schläger brüllten: „Kommunist“ und „Vaterlandsverräter“.

In einem Bericht der IG Metall Hannover an den Metall-Arbeiterführer Otto Brenner heißt es: „Unter anderem wurde ihm das Gesicht mit einem Messer an den verschiedensten Stellen aufgeschnitten.“

Auch Kerasia Balafourti, Verlobte von Kardakaris und ebenfalls Mitglied



Metall-Gewerkschaftler Menius
„Gesichter mit Messern zerschnitten“

der IG Metall, wurde von dem Schläger-Mob malträtiert. Gewerkschafts-Protokoll: „Man hat dieser Kollegin in den Unterleib getreten und mit einer Eisenstange mehrfach in den Unterleib geschlagen.“

Am gleichen Abend wurde der Gewerkschaftler Wassilakis, ein Neffe von Kardakaris, in einer Gastwirtschaft von „etwa 30 faschistischen Griechen ausgemacht“ (Protokoll) und ebenfalls brutal mißhandelt.

Die drei Überfallenen wurden das Opfer von griechischen Terrorgruppen, die nach Ansicht des IG-Metall-Bevollmächtigten Heinrich Menius von der griechischen Militär-Junta mit dem Auftrag in die Bundesrepublik eingeschleust wurden, demokratisch gesinnte Landsleute mit westdeutschem Gewerkschaftsausweis unter Druck zu setzen.

In der Tat ist kein Zweifel möglich, daß der Überfall politisch motiviert ist. Denn Kardakaris wurde mit dem Messer attackiert, nachdem ihn die IG

Metall zu einem Lehrgang (Thema: „Betriebsverfassungsgesetz“) nach Lohr am Main eingeladen hatte.

Am Sonntag vorletzter Woche, einen Tag nach dem Überfall auf Kardakaris, schlug der „lange Arm der griechischen Obristen“ („Hannoversche Presse“) erneut zu. Der IG-Metall-Vertrauensmann Vassilios Poniridis war auf dem Weg zum Bahnhof, um von dort ebenfalls zu dem Lehrgang nach Lohr zu reisen, als ihn Knüppel und Messer trafen. Ein drei Zentimeter langer Metallsplitter in der Nähe des Ohres mußte operativ entfernt werden. Am gleichen Nachmittag wurde der griechische Bauarbeiter Alexandros Brontoglou während eines Spazierganges zusammengeprügelt und mußte in ein Krankenhaus eingeliefert werden. „Allen Überfallenen“, so berichtete Hannovers IG-Metall-Bevollmächtigter Heinrich Menius, „wurden mit Messern die Gesichter zerschnitten.“

Von den 219 000 griechischen Gastarbeitern sind 3000 in und um Hannover beschäftigt. Zu 95 Prozent gehören sie einer westdeutschen Gewerkschaft an und sind zumeist Gegner des Athener Regimes. IG-Metall-Funktionär Hans Berkentin, der den Auftrag erhielt, die Metzereien zu überprüfen, berichtete seinem Frankfurter Vorstand, „daß die griechischen Kollegen in großer Angst leben, sich zu mehreren in ihren Wohnungen verbarrikadieren und sich nicht einmal aus dem Hause trauen, um die notwendigsten Einkäufe in einer Apotheke zu tätigen“.

Der Polizei am Rübenberge blieb der politische Hintergrund der Knüppelereien zunächst verborgen. Durch eigene Ermittlungen und mit Hilfe der IG Metall gelang es den griechischen Gewerkschaftlern, drei Landsleute namhaft zu machen, die sich an den Überfällen beteiligt hatten. Sie wurden inzwischen vom VW-Zweigwerk in Hannover entlassen, und Rechtsanwalt Wilhelm Markert hat im Auftrage der IG Metall gegen die bisher bekannten Täter Strafanträge gestellt.

Angezeigt wurde auch jener Mann, in dem Markert den Boß der Messergang sieht. Markert: „Bei diesen SS-Methoden handelt es sich um Aktionen, die vom griechischen Generalkonsul in Hannover, Athanasios Exintaris, befohlen, gesteuert und gelenkt werden.“

Das griechische Generalkonsulat bestreitet „kategorisch“ die Behauptung des Rechtsanwalts. Aber Markert zum SPIEGEL: „Ich habe Beweise.“

Inzwischen hat der Rechtsanwalt einen neuen Klienten gewonnen, den Gewerkschaftler Katsaris. Er wurde am letzten Dienstag vor dem Lokal „Limmerbrunnen“ in Hannover von einem VW mit dem Kennzeichen GF-C 609 umgefahren. Der Täter am Steuer, ein Grieche namens Stratio Tsiantis, erklärte vor der Polizei, die in der letzten Woche eine Sonderkommission einsetzte, Katsaris sei ihm vor das Auto gefallen. Aber fünf Zeugen geben an, daß der Verletzte mit Absicht angefahren worden sei.

extra

konkret

„Kein organisierter Terror“

Sonderkommission stellt Ermittlungen ein

Die von Innenminister Lehnert eingesetzte Sonderkommission zur Aufklärung der politischen Hintergründe bei den Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppen unter griechischen Gastarbeitern hat ihre Tätigkeit ergebnislos abgeschlossen. „Es konnten keinerlei Anhaltspunkte dafür ermittelt werden, daß die Schlägereien von der einen oder anderen Seite organisiert, gelenkt oder aus gezielt terroristischen Motiven inszeniert worden sind“, sagte am Mittwoch der Sprecher des Innenministeriums.

Die Sonderkommission war aus Beamten der zur Bekämpfung politischer Straftaten zuständigen Nachrichtenpolizei gebildet worden, nachdem vor allem durch die Industriegewerkschaft Metall massive Vorwürfe gegen den griechischen Generalkonsul in Hannover erhoben worden waren. Sie bezogen sich auf Handgreiflichkeiten, die sowohl in Hannover als auch in Neustadt a. Rbge. zwischen regimetreuen und regimiefeindlichen griechischen Gastarbeitern stattgefunden hatten. Dabei waren auf beiden Seiten Verletzte zu verzeichnen.

Das Innenministerium betonte, daß keinerlei Anhaltspunkte dafür gefunden worden seien, daß die Schlägereien von irgendeiner Stelle oder gar von einer konsularischen Vertretung Griechenlands angezettelt wurden. Das negative Ermittlungsergebnis der Sonderkommission wird jetzt der Staatsanwaltschaft zugeleitet. khk

Keine Klarheit über Griechen-Terror

RI HANNOVER

Die Sonderkommission der Polizei zur Untersuchung des „Terrors unter Griechen“ (die PRESSE berichtete darüber) hat ihre Tätigkeit eingestellt. Eine eindeutige Klärung der blutigen Vorfälle war ihr nach Mitteilung des Niedersächsischen Innenministeriums nicht möglich.

„Mit ziemlicher Sicherheit“ habe man feststellen können, daß politisch unterschiedliche Fronten bei den beteiligten Arbeitern bestünden, daß die Auslösung der Zwischenfälle aber nicht „von außen“ bewirkt worden sei. Ein Abschlußbericht der Sonderkommission soll noch der Staatsanwaltschaft zugeleitet werden.

Griechische Botschaft in Bonn attackiert Greulich

Eigener Bericht

p. s. Hannover, 28. April

Die griechische Botschaft in Bonn hat den DGB und insbesondere den Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks Niedersachsen, den SPD-Landtagsabgeordneten Greulich, scharf attackiert. In einer Erklärung zu einer Pressekonferenz, auf der Greulich zu den schweren Auseinandersetzungen zwischen den Gegnern und den Anhängern des griechischen Militärregimes vom 20. April in Hannover Stellung genommen hatte, betonte die Botschaft, sie verstehe, daß Greulich die Tatsache zu verschleiern beabsichtige, daß die Mitglieder des DGB, womit offensichtlich die organisierten griechischen Gastarbeiter gemeint sind, „zur Verwilderung der politischen Sitten und gewaltsamen Auseinandersetzung beitragen“. In diesem Zusammenhang stellt die Botschaft fest, daß, wenn es nicht tragisch wäre, man es fast als amüsant ansehen könnte, daß der DGB, der sich immer wieder über angebliche Stoßtrupps und Morddrohungen seitens der nationalgesinnten Griechen in der Bundesrepublik beschwert, übersieht, daß es seine Mitglieder sind, die griechische Veranstaltungen unter Anwendung roher Gewalt störten und wiederholt Mitglieder der griechischen diplomatischen Vertretungen tätlich angegriffen, geschlagen und verletzt haben.

In ihrer Stellungnahme gibt die Botschaft ihre Darstellung der Vorfälle in Hannover wieder. Generalkonsul Skalieris und der Sozialattaché Manousakis seien von etwa 70 bis 80 Demonstranten empfangen worden, die deutlich zu verstehen gegeben hätten, daß sie den beiden Diplomaten den Eintritt in das Gebäude verwehren wollten, in dem eine griechische Veranstaltung stattfand. Durch einen der Demonstranten sei Skalieris mit einem Fausthieb am Auge verletzt worden. Als Skalieris mit einer Taxe zu einem Polizeirevier gefahren sei, hätten sich etwa 70 Demonstranten auf Manousakis gestürzt, der mehrere heftige Schläge auf den Kopf bekommen habe, obwohl er sich nicht gewehrt habe. Drei Demonstranten hätten es ihm ermöglicht, sich dem Handgemenge zu entziehen. In der Erklärung der Botschaft wird betont, daß Manousakis unbewaffnet gewesen sei.

Vor drei Wochen wurde der griechische Gastarbeiter Spiridon Kardakaris, als er zusammen mit seiner Verlobten seine Wohnung in Neustadt bei Hannover verließ, von 15 Landsleuten, die mit Messern, Eisenstangen und Knüppeln bewaffnet waren, zusammengeschlagen, das Gesicht außerdem mit Messern zerschnitten. Seine Verlobte wurde einer ähnlichen Behandlung unterzogen.

In den folgenden zwei Tagen wurden drei weitere Griechen auf gleiche Weise von den gleichen Landsleuten krankenhausrreif geschlagen. Gemeinsame Kennzeichen der Opfer: sie waren aktiv in der IG Metall tätig und keine Anhänger der griechischen Militärdiktatur. Das Schlägerkommando besteht aus juntatreuen Griechen, teilweise aus gedungenen Kriminellen und Leuten mit anderen einschlägigen Erfahrungen, nämlich Griechen, deren Väter bei der Besetzung Griechenlands für die SS in gleicher Zielrichtung tätig waren. Bezahlt werden die Terrortrupps vom griechischen Konsulat, organisiert über den griechischen Geheimdienst „KYP“, der seit einem Jahr verstärkt seine Tätigkeit in der Bundesrepublik durchführt. Die IG Metall-Verwaltungsstelle Hannover hat Beweise, daß es sich „bei diesen SS-Methoden um Aktionen handelt, die vom griechischen Generalkonsul Hannover, Athanasios Exintaris, befohlen, gesteuert und gelenkt werden.“

Es vergeht in letzter Zeit in Hannover und Umkreis kein Tag, an dem nicht mindestens ein Grieche von diesem Terrortrupp mit dem Messer bedroht wird, meist mit der Aufforderung, aus der IG Metall auszutreten und eine Loyalitätserklärung für die Militärjunta abzugeben. KONKRET hat eidesstattliche Erklärungen über Bedrohungen und Erpressungsversuche griechischer Regierungsbeamter in der Bundesrepublik demokratischen Landsleuten gegenüber, teilweise mit Androhung von Sippenhaft ihrer in Griechenland verbliebenen Ehefrau oder der Eltern. KONKRET verfügt über die Namens- und Adressenliste der griechischen Terrororganisation. Im Besitz dieser Liste ist ebenfalls die vor zwei Wochen vom niedersächsischen Innenministerium eingesetzte Sonderkommission, bestehend



Deutsche Polizei führt griechischen Regime-Gegner ab: „Man will dem Nato-Partner nicht weh tun“

DEUTSCHLAND

Messer, Knüppel, Eisenstange

Wie in der Bundesrepublik griechische Junta-Gegner behandelt werden

Von Günter Wallraff

aus Beamten der Politischen Polizei, des Verfassungsschutzes und Kriminalisten, die angeblich der Aufklärung der politischen Hintergründe dienen sollten. Am 30. 4. 1970 stellte die Sonderkommission ihre Ermittlungen, kaum begonnen, wieder ein. „Es konnten keinerlei Anhaltspunkte dafür ermittelt werden, daß die Schlägereien von der einen oder anderen Seite organisiert, gelenkt oder aus gezielt terroristischen Motiven inszeniert worden sind“, so ein Sprecher des Innenministeriums.

Ermittelt wurde schlampig bis grob fahrlässig. Wichtige Zeugen, die Beweise für die Steuerung durchs Generalkonsulat vorlegen wollten, wurden gar nicht erst aufgesucht, die Mitglieder der Terrororganisation zum größten Teil von Verhören verschont.

Gewerkschafter Westphal von der IG Metall-Verwaltungsstelle

Hannover: „Man hat den Eindruck, das wird von der Polizei so lasch behandelt, um zu vertuschen ... um dem Natopartner nicht weh zu tun.“ Man hat sogar zuweilen den Eindruck, daß deutsche Dienststellen sich als verlängerten Arm der griechischen Militärdiktatur betrachten und ihren Kollegen allzugerne Amtshilfe leisten. So wurden in Hannover bei Schlägereien unter Griechen nicht die juntatreuen Angreifer abgeführt und erkennungsdienstlich festgestellt, sondern nur die Regimegegner. Und ein Sekretär des griechischen Generalkonsulats wurde als Dolmetscher hinzugezogen. Auf den Arbeitsämtern sitzen ebenfalls in der Regel Spitzel der Militärjunta, die die Vergabe von guten oder schlechten Arbeitsplätzen als Druckmittel zu politischem Wohlverhalten benutzen können.

Die niedersächsische Sonder-

kommission ignorierte ebenfalls konsequent einen Geheimbefehl des zentralen griechischen Informationsamtes an die europäischen griechischen Botschaften, der im vorigen Jahr an die Öffentlichkeit kam und in dem die jetzt durchgeführten Maßnahmen angeordnet wurden.

Darin hieß es u. a. unter 2: „Setzen Sie den Befehl Nr. A 15181/12. 7. 68 KYP/A/1 gegen die am meisten aktiven Funktionäre der verschiedenen antinationalen Organisationen in Kraft und richten Sie sich, was die gefährlichsten unter ihnen angeht, nach dem Plan „Poseidon“. 3. Beschleunigen Sie die Durchführung des Befehls E 16 211/5. 9. 68/KYP/A/1 zum Einschleusen unserer Organe in diese Organisationen mit dem Ziel, sie zu zersetzen, sowie auch den Kontakt ihrer Diensten mit nationalgesinnten Griechen, die fähig wären, gegen entsprechenden Entgelt Pflichten wie in Punkt 2 dieser Anweisung zu erfüllen.“ Die „Pflichten unter Punkt 2“ sind nichts weiter als Bespitzelung, Bedrohung und Gewaltanwendung gegen demokratisch eingestellte Griechen. Die Kameraden von der Sonderkommission und den politischen Kommissariaten sollten sich mal wieder auf den § 6,3 des Ausländergesetzes besinnen, von dem sie regen Gebrauch machten, als die kommunistische Partei hier verboten war und Ausländer aufgrund von Kontakten zu den kommunistischen Parteien ihrer Länder oder bloß aufgrund entsprechender Gesinnung in ihre faschistischen Heimatländer abgeschoben wurden, wo sie dann oft langjährige Haftstrafen erwarteten. Der Paragraph lautet: Das Ausländergesetz verbietet u. a. politische Betätigung, wenn diese „mit dem Völkerrecht nicht vereinbar ist, die freiheitlich demokratische Grundordnung gefährdet oder bestimmt ist, Parteien, andere Vereinigungen, Einrichtungen oder Bestrebungen außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes zu fördern, die mit Verfassungsgrundsätzen der freiheitlich demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind.“

Es ist ein politisches Bekenntnis, daß man sich bisher beharrlich weigerte, dies Gesetz gegen faschistische Terrororganisationen anzuwenden, obwohl Staatssekretär Dahrendorf am 5. Dezember

extra ^{W. 71} v. 21.7.70

1969 im Namen der Bundesregierung versicherte, daß kein demokratischer Grieche „in diesem Lande in seinen politischen Freiheiten beengt wird“. Aus der Untätigkeit der Behörden kann man nur den Schluß ziehen, die zuständigen Stellen bekennen sich zu „Verfassungsgrundsätzen“, die denen der jetzigen „Grundordnung“ in Griechenland verwandt sind, oder, wie es einer der zusammengeschlagenen Griechen sagt: „Wer nach drei Jahren Militärdiktatur noch immer blind ist, darf sich nicht wundern, wenn in seinem Land bald ähnliche Zustände wie in Griechenland herrschen!“

XIX/95, 22. Mai 1970

ap-IGM

Erklärung des Vorstandes der IG Metall Zur griechischen Frage

Angesichts der großen politischen Prozesse in Athen und der aufbrechenden Krise der dortigen Militärdiktatur entbietet die IG Metall den mutigen griechischen Verteidigern der demokratischen Meinungs- und Gesinnungsfreiheit ihren solidarischen Gruß. — Die Schauprozesse der Militärjunta bestätigen noch einmal, daß sich dieses Regime nur mit Gewalt und Unterdrückung aufrechterhalten kann. Sie bestätigen gleichzeitig den Willen der griechischen Demokraten, sich weiterhin der Gewalt nicht zu beugen und alles zu unternehmen, damit Griechenland den ihm gebührenden Platz in der Gemeinschaft der demokratischen Völker Europas einnehmen kann. — Die IG Metall unterstützt alle Bemühungen, die darauf gerichtet sind, die Herstellung humaner und demokratischer Verhältnisse in Griechenland zu erwirken. Sie begrüßt die erneute Verurteilung des Militärregimes durch den Ministerrat des Europarats und die Entscheidung der Kommission der EWG, die Fortdauer des Assoziierungsabkommens mit Griechenland zu überprüfen. — Nur den solidarischen Anstrengungen der demokratischen Kräfte aus der BRD, den skandinavischen Ländern und anderen Ländern Westeuropas ist es zu verdanken, daß die Athener Machthaber nicht wagen konnten, die geplanten Todesurteile auszusprechen; daß die Diktatoren sich gezwungen sahen,

erneut vorgebliche Liberalisierungsmaßnahmen — in Richtung einer Scheindemokratie — anzukündigen; daß der erkrankte populäre Komponist und Juntagegner Theodorakis ins Ausland entlassen und daß über 300 KZ-Insassen und politische Gefangene kurzfristig freigelassen wurden. — Gewaltherrscher verstehen nur die harte Sprache der Tatsachen und weichen nur einem überlegenen wirtschaftlichen und politischen Druck. — Die IGM fordert in diesem Zusammenhang die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, nicht nur wie bisher auf diplomatischer Ebene zu intervenieren, sondern in der Bundesrepublik selbst mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entsprechende Schritte und Maßnahmen zu verwirklichen, so unter anderem: den offiziellen und offiziellen Vertretern des Juntaregimes alle Praktiken der Einschüchterung und Terrorisierung der hier lebenden 200 000 griechischen Arbeitnehmer unmöglich zu machen; eine weitere Tätigkeit der antidemokratischen Gruppen, die im Auftrag der Junta Schlägerkommandos und Terrorakte vorbereiten, muß zum Schutz der demokratischen Verfassungsfreiheiten und im Sinne des geltenden Ausländergesetzes unterbunden werden; die im Sinne der Militärdiktatur betriebene nationalistische Beeinflussung der Kinder griechischer Arbeitnehmer in „speziellen griechischen Schulklassen“, die tatsächlich der deutschen Schulverwaltung unterstehen und von ihr finanziert werden, muß sofort aufhören.

IGM-Vorstand, 28. April 1970